

**Arbeitsgericht Wiesbaden**



Arbeitsgericht Wiesbaden, Postfach 12 09, 65002 Wiesbaden

**Aktenzeichen: 4 Ca 178/24 SK**

Katafrakt d.o.o.  
vertreten durch den Geschäftsführer  
Igor Teofanovic  
Ulica Ivana Storzira 1  
10000 Zagreb  
Kroatien

**Gegenwärtig:**

Richterin am Arbeitsgericht  
Menche als Vorsitzende

Roy  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

**Protokoll** der öffentlichen Sitzung

**02. September 2025**

**Aktenzeichen: 4 Ca 178/24 SK**

In dem Rechtsstreit

**Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft, Verein mit eigener  
Rechtspersönlichkeit kraft staatlicher Verleihung, vertreten durch den  
Vorstand Doktor Gerhard Mudrack und Werner Schneider,  
Wettinerstraße 7, 65189 Wiesbaden**

Kläger  
Geschäftszeichen: - 7700 49162HR -

gegen

**Katafrakt d.o.o., vertreten durch den Geschäftsführer Igor Teofanovic,  
Ulica Ivana Storzira 1, 10000 Zagreb, KROATIEN**

Beklagte

erschieden bei Aufruf  
für den Kläger Frau Kastner (Generalterminsvollmacht bei den Sammelakten)  
für die Beklagte niemand.

Es wurde festgestellt, dass die Beklagte zum heutigen Termin ordnungsgemäß  
geladen worden ist.

Die Vertreterin des Klägers nahm Bezug auf die Klageschrift,

beschränkte den Klageantrag auf 27.941,61 Euro nebst Zinsen in Höhe von  
5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 29. März 2024 und  
beantragte, Versäumnisurteil gegen die Beklagte zu erlassen.

**Vorgelesen und genehmigt.**

WBNZahlungZinsenAusland

Es wurde folgendes

**VERSÄUMNISURTEIL**

verkündet:

**IM NAMEN DES VOLKES**

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 27.941,61 Euro (in Worten: Siebenundzwanzigtausendneuhunderteinundvierzig und 61/100 Euro) nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 29. März 2024 zu zahlen.

Von den Kosten des Rechtsstreits haben der Kläger 14 Prozent und die Beklagte 86 Prozent zu tragen.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 27.941,61 Euro festgesetzt.

**Tatbestand und Entscheidungsgründe:**

Der Kläger ist eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien des deutschen Baugewerbes mit eigener Rechtspersönlichkeit kraft staatlicher Verleihung.

Kraft allgemeinverbindlichen Tarifvertrags hat er insbesondere die Aufgabe, die Auszahlung von Urlaubsvergütung an die baugewerblichen Arbeitnehmer zu sichern und die dazu erforderlichen Beiträge von den baugewerblichen Arbeitgebern einzuziehen (Paragraph 8 Ziffer 15 des allgemeinverbindlichen Bundesrahmentarifvertrages für das Baugewerbe vom 4. Juli 2002 und 28. September 2018 in der jeweils gültigen Fassung (BRTV-Bau)). Gemäß der gesetzlichen Bestimmung des Paragraph 8 Absatz 1 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG) haben auch außerhalb Deutschlands ansässige Arbeitgeber, die in die Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Ausführung baugewerblicher Tätigkeit Arbeitnehmer entsenden, Beiträge an den Kläger zu leisten und zwar in Höhe eines tarifvertraglich festgelegten Prozentsatzes der Bruttolohnsumme (Paragraph 8 Ziffer 15 BRTV-Bau in Verbindung mit Paragraph 15 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Paragraph 18 Absatz 1 des allgemeinverbindlichen Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe (VTV) vom 3. Mai 2013 und 28. September 2018). Ist der Arbeitgeber mit der Zahlung des Sozialkassenbeitrages in Verzug, so hat die zuständige Kasse Anspruch auf Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe.

Nach dem Vortrag des Klägers handelt es sich bei der Beklagtenseite um einen außerhalb Deutschlands ansässigen Arbeitgeber, der in den/dem streitgegenständlichen Kalenderjahr/en überwiegend baugewerbliche Tätigkeiten ausgeführt und Arbeitnehmer zum Zwecke der Ausführung baugewerblicher Tätigkeiten nach Deutschland entsandt hat und deshalb beitragspflichtig ist. Der zu zahlende Beitrag beläuft sich nach dem Vortrag des Klägers für den Klagezeitraum, nämlich - Januar 2022 bis Januar 2023 - zuletzt mindestens noch auf die im Tenor dieses Urteils bezeichnete Summe, die die Beklagtenseite trotz Aufforderung nicht an den Kläger gezahlt haben soll.

Das angerufene Gericht ist zur Entscheidung über den geltend gemachten Beitragsanspruch international und örtlich zuständig (Paragraph 15 Satz 2 AEntG in Verbindung mit Paragraph 48 Absatz 2 Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) und Paragraph 8 Ziffer 16 BRTV-Bau).

Der Beitragsanspruch und der Zinsanspruch sind bei Zugrundelegung des Sachvortrags des Klägers auf den oben zitierten rechtlichen Grundlagen gerechtfertigt.

Die Inanspruchnahme der Beklagtenseite verstößt auch nicht gegen die unionsrechtliche Dienstleistungsfreiheit, da die deutschen Urlaubsregelungen für die entsandten Arbeitnehmer günstiger sind als die ihres Heimatlandes.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung ist für die Beklagtenseite trotz ordnungsgemäßer Ladung niemand erschienen. Deshalb war die Beklagtenseite durch Versäumnisurteil gemäß dem Antrag des Klägers zu verurteilen (Paragraph 46 Absatz 2 ArbGG in Verbindung mit Paragraphen 331 Absatz 1 und 2, 313 b Absatz 3 Zivilprozessordnung (ZPO)).

Die Kostenentscheidung beruht auf Paragraph 46 Absatz 2 ArbGG in Verbindung mit Paragraph 91 Absatz 1, Paragraph 269 Absatz 3 Satz 2 ZPO und die Streitwertfestsetzung auf Paragraph 61 Absatz 1 ArbGG in Verbindung mit Paragraph 3 ZPO. Der Wert des Zahlungsantrags entspricht der eingeklagten Forderung.



### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen dieses Versäumnisurteil kann die Beklagte Einspruch einlegen.

Der Einspruch muss innerhalb **einer Frist von einem Monat** nach der Zustellung dieses Versäumnisurteils entweder schriftlich in möglichst doppelter Ausfertigung bei dem

**Arbeitsgericht Wiesbaden**  
**Mainzer Straße 124, 65189, Wiesbaden**

eingelegt oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle dieses Arbeitsgerichts erklärt werden.

Der Rechtsbehelf muss schriftlich, per Telefax (Faxnummer: (0611) 32-7618543), in der zugelassenen elektronischen Form oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt werden. Bezüglich der Möglichkeiten elektronischer Einlegung und Begründung der Berufung wird auf Paragraph 46c Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) verwiesen.

Der Schriftsatz muss entweder qualifiziert elektronisch signiert oder einfach elektronisch signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß Paragraph 46c Absatz 4 ArbGG, zum Beispiel per besonderen elektronischem Anwaltspostfach, übermittelt werden. Auch die weiteren Voraussetzungen an ein zulässiges elektronisches Dokument des Paragraph 46c ArbGG sind zu beachten.

Die weiteren Voraussetzungen, insbesondere zu den zugelassenen Dateiformaten und Übermittlungswegen, sowie zur qualifizierten elektronischen Signatur, ergeben sich aus der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) in der jeweils gültigen Fassung. Über das Justizportal des Bundes und der Länder ([www.justiz.de](http://www.justiz.de)) können weitere Informationen über die Rechtsgrundlagen Bearbeitungsvoraussetzungen und das Verfahren des elektronischen Rechtsverkehrs abgerufen werden. Nähere Hinweise zum elektronischen Rechtsverkehr finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesarbeitsgerichts ([www.bundesarbeitsgericht.de](http://www.bundesarbeitsgericht.de)).

**Rechtsanwälte** dürfen gemäß Paragraph 46g Satz 1 ArbGG Schriftsätze nur noch in **elektronischer Form** einreichen. Das Gleiche gilt gemäß Paragraph 46g Satz 2 ArbGG für sonstige nach dem ArbGG vertretungsberechtigte Personen, für die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach nach Paragraph 46c Absatz 4 Nummer 2 ArbGG eingerichtet ist. Rechtsanwälten gleichgestellt sind Berufsausübungsgesellschaften im Sinne der Paragraphen 59c, 59l Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), für die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet ist.

Wird der Einspruch vor der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines anderen Gerichts als des oben bezeichneten Arbeitsgerichts zur Niederschrift erklärt, so ist zu beachten, dass die von der Urkundsbeamtin oder dem Urkundsbeamten aufgenommene Erklärung innerhalb der Einspruchsfrist bei dem oben bezeichneten Arbeitsgericht eingehen muss.

### **Rechtsmittelbelehrung**

Da der Kläger die Klage nach Rechtshängigkeit teilweise zurückgenommen hat, war gemäß Paragraph 269 Abs. 3 Satz 2 Zivilprozessordnung (ZPO) der entsprechende Teil der Kosten aufzuerlegen.

Gegen diese Entscheidung kann der Kläger **sofortige Beschwerde** eingelegt werden.

Die Beschwerde ist einzulegen entweder bei dem

**Arbeitsgericht Wiesbaden  
Mainzer Straße 124, 65189, Wiesbaden**

oder bei dem

**Hessischen Landesarbeitsgericht,  
Gutleutstraße 130, 60327 Frankfurt am Main oder  
Postfach 18 03 20, 60084 Frankfurt am Main.**

Das Rechtsmittel muss schriftlich, per Telefax (Faxnummer: Arbeitsgericht: (0611) 32-7618543), Hessisches Landesarbeitsgericht: (0611) 32761-8539), in der zugelassenen elektronischen Form oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingelegt werden. Bezüglich der Möglichkeiten elektronischer Einlegung und Begründung der Beschwerde wird auf Paragraph 46c ArbGG (Arbeitsgerichtsgesetz) verwiesen.

Der Schriftsatz muss entweder qualifiziert elektronisch signiert oder einfach elektronisch signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß Paragraph 46c Absatz 4 ArbGG, zum Beispiel per besonderen elektronischem Anwaltspostfach, übermittelt werden. Auch die weiteren Voraussetzungen an ein zulässiges elektronisches Dokument des Paragraphen 46c ArbGG sind zu beachten.

Die weiteren Voraussetzungen, insbesondere zu den zugelassenen Dateiformaten und Übermittlungswegen, sowie zur qualifizierten elektronischen Signatur, ergeben sich aus der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) in der jeweils gültigen Fassung. Über das Justizportal des Bundes und der Länder ([www.justiz.de](http://www.justiz.de)) können weitere Informationen über die Rechtsgrundlagen Bearbeitungsvoraussetzungen und das Verfahren des elektronischen Rechtsverkehrs abgerufen werden. Nähere Hinweise zum elektronischen Rechtsverkehr finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesarbeitsgerichts ([www.bundesarbeitsgericht.de](http://www.bundesarbeitsgericht.de)).

**Rechtsanwälte** dürfen gemäß Paragraph 46g Satz 1 ArbGG Schriftsätze nur noch in **elektronischer Form** einreichen. Das Gleiche gilt gemäß Paragraph 46g Satz 2 ArbGG für sonstige nach dem ArbGG vertretungsberechtigte Personen, für die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach nach Paragraph 46c Absatz 4 Nummer 2 ArbGG eingerichtet ist. Rechtsanwälten gleichgestellt sind Berufsausübungsgesellschaften im Sinne der Paragraphen 59c, 59l BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung), für die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet ist.



Die sofortige Beschwerde muss binnen einer **Frist** von zwei Wochen nach der Zustellung der Entscheidung bei einem dieser Gerichte eingegangen sein.

Die Beschwerdeschrift muss enthalten

- die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und
- die Erklärung, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt wird.

Die sofortige Beschwerde kann auch zu Protokoll der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erklärt werden.

Wird die sofortige Beschwerde vor der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines anderen Gerichts als des oben bezeichneten Arbeits- oder Landesarbeitsgerichts zur Niederschrift erklärt, so ist zu beachten, dass die von der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten aufgenommene Erklärung innerhalb der Frist bei dem oben bezeichneten Arbeits- oder Landesarbeitsgericht eingehen muss.

gezeichnet Menche

gezeichnet Roy



Beglaubigt

Roy, Urkundsbeamtin der  
Geschäftsstelle



Ovjereni prijepis

Općinski radni sud Wiesbaden

[Grb] Reg 2045806

Arbeitsgericht Wiesbaden, Postfach 12 09, 65002 Wiesbaden

**Oznaka spisa: 4 Ca 178/24 SK**

Katafrakt d.o.o.  
zastupane po direktoru  
Igor Teofanovic  
Ulica Ivana Storzira 1  
10000 Zagreb  
Hrvatska

Nazočni:

Sutkinja Radnog suda  
Menche kao predsjedavajuća

Roy  
Zapisničara sudske pisarnice

**Zapisnik javne rasprave**

**02. rujna 2025. godine**

**Znak dosjea: 4 Ca 178/24 SK**

u pravnom sporu

**Fond za naknadu godišnjih odmora i plaća u građevinskoj djelatnosti, udruga s vlastitom pravnom osobnošću na temelju državne dodjele, zastupana po članovima uprave dr. Gerharda Mudrack (Gerhard Mudrack) i Wenera Schneider (Werner Schneider), Wettinerstraße 7, 65189 Wiesbaden**

Tužitelj  
Poslovni broj: - 7700 49162HR -

protiv

**Katafrakt d.o.o., zastupane po direktoru Igora Teofanovic (Igor Teofanovic), Ulica Ivana Storzira 1, 10000 Zagreb, HRVATSKA**

Tuženica

pristupili nakon proziva  
za tužitelja gospođa Kastner (opća procesna punomoć po zbirnim spisima)  
za tuženicu nitko.

Konstatiran je uredni poziv tuženice na danajšnji termin.

Zastupnica tužitelja pozvala se na tužbu,

te je ograničila tužbeni zahtjev na iznos od 27.941,61 eura zu kamatu u visini od 5 procentnih bodova preko konkretne bazične kamatne stope od 29. ožujka 2024. godine i predložila donošenje presude zbog ogluhe protiv tuženice.

**Pročitano i odobreno.**





Proglašena je sljedeća

**PRESUDA ZBOG OGLUHE**

**U IME NARODA**

Tuženica se osuđuje da tužitelju isplati iznos od u visini od 27.941,61 eura (slovima: dvadesetisedamtisućadevetstočetridesetijedan i 61/100 eura) uz kamate u visini od 5 procentnih bodova preko konkretne bazične kamatne stope od 29. ožujka 2024. godine.

Troškove parničnog postupka snosi tužitelj u iznosu od 14 procenta, a tuženica u iznosu od 86 procenta.

Vrijednost predmeta spora utvrđuje se u iznosu od 27.941,61 eura.

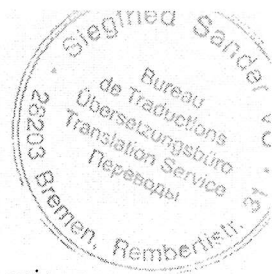
**Činjenično stanje i razlozi odluke:**

Tužitelj je zajednička ustanova ugovornih strana kolektivnog ugovora njemačkog građevinskog sektora, s vlastitom pravnom osobnošću na temelju državne dodjele.

Na temelju općeobveznog kolektivnog ugovora tužitelj ima osobito sljedeće zadaće, osiguravanje isplate naknade za godišnji odmor radnicima u građevinskoj djelatnosti te prikupljanje za to potrebnih doprinosa od poslodavaca u građevinskoj djelatnosti (sukladno čl. 8 točki 15 Općeobveznog saveznog okvirnog kolektivnog ugovora za građevinarstvo od 4. srpnja 2002. godine i 28. rujna 2018. godine, u važećoj verziji (BRTV-Bau = Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe)). Sukladno zakonskoj odredbi čl. 8 stavka 1 Zakona o obveznim radnim uvjetima pri prekograničnom pružanju usluga (Zakona o upućivanju radnika (AentG = Arbeitnehmer-Entsendegesetz)), obvezu plaćanja doprinosa tužitelju imaju i poslodavci sa sjedištem izvan Savezne Republike Njemačke koji u Saveznu Republiku Njemačku upućuju radnike radi obavljanja građevinske djelatnosti. Ti se doprinosi plaćaju u visini kolektivnim ugovorom utvrđenog postotka bruto mase plaća (sukladno čl. 8 točki 15 Općeobveznog saveznog okvirnog kolektivnog ugovora za građevinstvo u vezi s čl. 15 stavkom 1 rečenicom 2 u vezi s čl. 18 stavkom 1 Općeobveznog kolektivnog ugovora o postupku socijalnih fondova u građevinarstvu (VTV=Vergütungsstarifvertrag) od 3. svibnja 2013.godine i 28. rujna 2018. godine.

Prema navodima tužitelja, tužena strana je poslodavac sa sjedištem izvan Savezne Republike Njemačke, koji je u spornim kalendarskim godinama pretežito obavljao građevinske djelatnosti te u Saveznu Republiku Njemačku upućivao radnike radi obavljanja građevinskih radova, zbog čega podliježe obvezi plaćanja doprinosa. Prema navodima tužitelja, doprinos koji je potrebno platiti za razdoblje obuhvaćeno tužbom, i to za razdoblje - od siječnja 2022. godine do siječnja 2023. godine - iznosi najmanje još iznos naveden u izreci ove presude, koji tužena strana, unatoč upućenim pozivima, navodno nije uplatila tužitelju.





Sud kojem je podnesena tužba međunarodno i mjesno je nadležan za odlučivanje o istaknutom zahtjevu za plaćanje doprinosa (sukladno čl. 15 rečenici 2 Zakona o upućivanju radnika u vezi s čl. 48 stavkom 2 Zakona o radnim sudovima (ArbGG = Arbeitsgerichtsgesetz) te čl. 8 točki 16 Općeobveznog saveznog okvirnog kolektivnog ugovora za građevinarstvo).

Potraživanje doprinosa i potraživanje kamate, polazeći od činjeničnih navoda tužitelja, opravdano je na temelju gore navedenih pravnih osnova.

Ostvarivanje potraživanja prema tuženoj strani također ne predstavlja povredu slobode pružanja usluga zajamčene pravom unije, budući da su njemačka pravila o godišnjem odmoru za upućene radnike povoljnija od odgovarajućih pravila njihove matične države.

Na raspravi za usmenu raspravu, unatoč urednoj dostavi poziva, nitko se nije pojavio za tuženu stranu. Slijedom toga, tužena strana morala je biti osuđena presudom zbog izostanka, sukladno zahtjevu tužitelja (na temelju čl. 46 stavka 2 Zakona o radnim sudovima u vezi s čl. 331 stavcima 1 i 2, te 313 b stavkom 3 Zakona o parničnom postupku (ZPO = Zivilprozessordnung))

Odluka o troškovima temelji se na čl. 46 stavku 2 Zakona o radnim sudovima u vezi s čl. 91 stavkom 1, te čl. 269 stavkom 3 rečenicom 2 Zakona o parničnom postupku, dok se utvrđivanje vrijednosti predmeta spora temelji na čl. 61 stavku 1 Zakona o radnim sudovima u vezi s čl. 3 Zakona o parničnom postupku). Vrijednost tužbenog zahtjeva za isplatu odgovara iznosu potraživanja koje je predmet tužbe.



### Pouka o pravnom lijeku

Protiv ove presude zbog izostanka tužena strana može izjaviti prigovor.

Prigovor se mora podnijeti **u roku od jednog mjeseca** od dana dostave ove presude zbog izostanka, i to ili u pisanom obliku, po mogućnosti u dva primjerka,

**Radnom sudu u Wiesbadenu  
Mainzer Straße 124, 65189, Wiesbaden**

ili usmeno na zapisnik pri sudskoj pisarnici tog radnog suda.

Pravni lijek mora se podnijeti u pisanom obliku, putem telefaksa (na broj faksa (0611) 32-7618543), u dopuštenom elektroničkom obliku ili usmeno na zapisnik kod ovlaštenog sudskog službenika ili ovlaštene sudske službenice sudske pisarnice. U pogledu mogućnosti elektroničkog podnošenja i obrazlaganja pravnog lijeka upućuje se na čl. 46c Zakona o radnim sudovima.

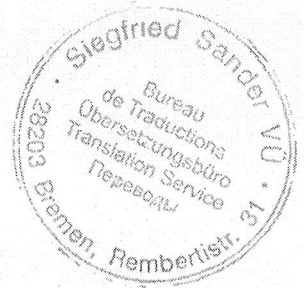
Podnesak mora biti ili kvalificirano elektronički potpisan ili jednostavno elektronički potpisan te dostavljen putem sigurnog kanala prijenosa sukladno čl. 46c stavku 4 Zakona o radnim sudovima, primjerice putem posebnog elektroničkog odvjetničkog sandučića. Također se moraju poštovati i svi ostali uvjeti koji se odnose na dopuštenost elektroničkog dokumenta sukladno čl. 46c Zakona o radnim sudovima.

Daljnji uvjeti, osobito u pogledu dopuštenih formata datoteka i načina prijenosa, kao i u pogledu kvalificiranog elektroničkog potpisa, proizlaze iz Uredbe o tehničkim okvirnim uvjetima elektroničkog pravnog prometa i o posebnom elektroničkom poštanskom sandučiću tijela javne vlasti (Uredba o elektroničkom pravnom prometu (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV)) u važećoj verziji. Putem portala pravosuđa Saveza i zaveznih zemalja (Justizportal des Bundes und der Länder) ([www.justiz.de](http://www.justiz.de)) mogu se pribaviti dodatne informacije o pravnim osnovama, pretpostavkama za obradu te postupku elektroničkog pravnog prometa. Detaljnije upute o elektroničkom pravnom prometu dostupne su i na internetskoj stranici Saveznog radnog suda ([www.bundesarbeitsgericht.de](http://www.bundesarbeitsgericht.de)).

**Odvjetnici** su sukladno čl. 46g rečenica 1 Zakona o radnim sudovima obvezni podnositi podneske isključivo u **elektroničkom obliku**. Isto vrijedi, sukladno čl. 46g stavku 2 Zakona o radnim sudovima i za druge osobe ovlaštene za zastupanje prema Zakonu o radnim sudovima, za koje je uspostavljen poseban elektronički odvjetnički poštanski sandučić sukladno čl. 46c stavku 4 točki 2 Zakona o radnim sudovima. Odvjetnicima su izjednačena društva za obavljanje odvjetničke djelatnosti u smislu čl. 59c i 59l Saveznog zakona o odvjetništvu (BRAO = Bundesrechtsanwaltsordnung), za koja je također uspostavljen poseban elektronički odvjetnički poštanski sandučić.

Ako se prigovor izjavljuje usmeno na zapisnik kod ovlaštenog sudskog službenika ili ovlaštene sudske službenice sudske pisarnice nekog drugog suda, a ne gore navedenog radnog suda, potrebno je voditi računa o tome da izjava koju je sastavio ovlašten sudski službenik ili ovlaštena sudska službenica mora stići na gore navedeni radni sud unutar roka za podnošenje prigovora.





### **Pouka o pravnom lijeku**

Budući da je tužitelj nakon nastupanja litispendencije djelomično povukao tužbu, sukladno čl. 269 stavku 3 rečenici 2 Zakona o parničnom postupku, odgovarajući dio troškova postupka morao je biti stavljen na teret tužitelju.

Protiv ove odluke tužitelj može izjaviti **odmahnu žalbu** (sofortige Beschwerde).

Žalba se može podnijeti ili

**Radnom sudu (Arbeitsgericht)  
Mainzer Straße 124, 65189 Wiesbaden**

ili

**Hesenskom zemaljskom radnom sudu  
(Hessisches Landesarbeitsgericht)  
Gutleutstraße 130, 60327 Frankfurt na Majni ili**

**na adresu poštanskog pretinca 18 03 20, 60084 Frankfurt na Majni.**

Pravni lijek mora se podnijeti u pisanom obliku, putem telefaksa (broj faksa: Radni sud: (0611) 32-7618543), Hesenskom zemaljskom radnom sudu: (0611) 32761-8539), u dopuštenom elektroničkom obliku ili usmeno na zapisnik kod ovlaštene sudske službenice ili ovlaštenog sudskog službenika sudske pisarnice. U pogledu mogućnosti elektroničkog podnošenja i obrazlaganja žalbe upućuje se na čl. 46c Zakona o radnim sudovima.

Podnesak mora biti ili kvalificirano elektronički potpisan ili jednostavno elektronički potpisan te dostavljen putem sigurnog kanala prijenosa u skladu s § 46c stavkom 4 ArbGG, primjerice putem posebnog elektroničkog odvjetničkog sandučića. Također se moraju poštovati i svi ostali uvjeti koji se odnose na dopuštenost elektroničkog dokumenta sukladno § 46c ArbGG.

Daljnji uvjeti, osobito u pogledu dopuštenih formata datoteka i načina prijenosa, kao i u pogledu kvalificiranog elektroničkog potpisa, proizlaze iz Uredbe o tehničkim okvirnim uvjetima elektroničkog pravnog prometa i o posebnom elektroničkom poštanskom sandučiću tijela javne vlasti (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERW), u njezinoj važećoj verziji. Putem Pravosudnog portala Saveza i saveznih zemalja ([www.justiz.de](http://www.justiz.de)) mogu se pribaviti daljnje informacije o pravnim osnovama, uvjetima obrade i postupku elektroničkog pravnog prometa. Detaljnije upute o elektroničkom pravnom prometu dostupne su i na internetskoj stranici Saveznog radnog suda ([www.bundesarbeitsgericht.de](http://www.bundesarbeitsgericht.de)).

**Odvjetnici** su sukladno čl. 46g rečenica 1 Zakona o radnim sudovima obvezni podnositi podneske isključivo u **elektroničkom obliku**. Isto vrijedi, sukladno čl. 46g stavku 2 Zakona o radnim sudovima i za druge osobe ovlaštene za zastupanje prema Zakonu o radnim sudovima, za koje je uspostavljen poseban elektronički odvjetnički poštanski sandučić sukladno čl. 46c stavku 4 točki 2 Zakona o radnim sudovima. Odvjetnicima su izjednačena društva za obavljanje odvjetničke djelatnosti u smislu čl. 59c i 59l Saveznog zakona o odvjetništvu (BRAO = Bundesrechtsanwaltsordnung), za koja je također uspostavljen poseban elektronički odvjetnički poštanski sandučić.



Hitna žalba mora biti podnesena u **roku** od dva tjedna od dana dostave odluke te mora u tom roku prispjeti jednom od nadležnih sudova.

Žalbeni podnesak mora sadržavati

- oznaku odluke koja se pobija i
- izjavu da se protiv te odluke podnosi žalba.

Hitna žalba može se također izjaviti usmeno na zapisnik kod ovlaštene sudske službenice ili ovlaštenog sudskog službenika sudske pisarnice.

Ako se hitna žalba izjavi na zapisnik kod sudske pisarnice drugog suda, a ne kod gore navedenog Radnog suda ili Zemaljskog radnog suda, potrebno je voditi računa o tome da izjava zabilježena od strane sudske službenice ili sudskog službenika mora u propisanom roku prispjeti gore navedenom Radnom sudu ili Zemaljskom radnom sudu.

potpisano Menche

potpisano Roy

Ovjereno

[Pečat suda]: Radni sud Wiesbaden [grb]

Roy, zapisničarka  
u sudskoj pisarnici

Ovjereni prijepis presude zbog ogluhe  
signirano Roy (vrijedi)

Potvrđuje se točnost i potpunost predstojećeg prijevoda iz njemačkog na hrvatski jezik.  
Marija Stojanova, od predsjednika Višeg pokrajinskog suda u Düsseldorfu ovlaštena prevoditeljica za hrvatski jezik.  
Datum: 09.02.2026.

